

Niederschrift

über die Sitzung des Hauptausschusses am 25.1.10

Sitzungsort: Sitzungszimmer A 012

Beginn der Sitzung um 15.10 Uhr.

Ende der Sitzung um 17.50 Uhr.

Vorsitz führte: Bürgermeister Kreuzberg

Mitglieder

- Dahmen
- Gerharz
- Hosmann
- Klug
- Küster
- Meeth
- Poschmann (1. stellv. Vors.)

- Berg
- Jung, Heinz
- Dr. Petran

- vom Hagen
- Mäsgen

- Pitz

- Schmitz, H.

- Riedel

Verwaltung

- Kreuzberg
- Brandt
- Freytag
- J.v. Bothmer
- Schiffer
- Kuhl
- Radermacher
- Püschel
- Pohl-Theisen
-
-
-

Schriftführerin

M. Müller

Gäste

- Messer (FB 66)
- Palmersheim (Personalrat)
-
-
-
-
-
-

Stellvertretende Mitglieder

- | | | |
|-------|---|-----|
| CDU | <input type="checkbox"/> Vetterling | CDU |
| CDU | <input type="checkbox"/> Boley | CDU |
| CDU | <input type="checkbox"/> Stilz | CDU |
| CDU | <input type="checkbox"/> Dr. Dahm | CDU |
| CDU | <input type="checkbox"/> Ehrenstein | CDU |
| CDU | <input type="checkbox"/> Fischer | CDU |
| CDU | <input type="checkbox"/> Dr. Frantzioch-Immenkeppel | CDU |
| | <input type="checkbox"/> Hans | CDU |
| SPD | <input type="checkbox"/> Hepp | CDU |
| SPD | <input type="checkbox"/> Köllejan | CDU |
| SPD | <input type="checkbox"/> Pohl | CDU |
| | <input type="checkbox"/> Pütz | CDU |
| Grüne | <input type="checkbox"/> Rau | CDU |
| Grüne | <input type="checkbox"/> Simons | CDU |
| | <input type="checkbox"/> Vogel | CDU |

- | | | |
|--|-----------------------------------|-----|
| | <input type="checkbox"/> Grafe | SPD |
| | <input type="checkbox"/> Weesbach | SPD |
| | <input type="checkbox"/> Blanke | SPD |
| | <input type="checkbox"/> Jung, E. | SPD |
| | <input type="checkbox"/> Klein | SPD |
| | <input type="checkbox"/> Richter | SPD |
| | <input type="checkbox"/> Vilkman | SPD |
| | <input type="checkbox"/> Weitz | SPD |

Bürgermeister
Beigeordneter
Stadtkämmerer

- | | | |
|--|--|-------|
| | <input type="checkbox"/> Bortlitz-Dickhoff | Grüne |
| | <input type="checkbox"/> Konertz | Grüne |
| | <input type="checkbox"/> Niclasen | Grüne |
| | <input type="checkbox"/> Dr. Tieke | Grüne |
| | <input type="checkbox"/> Weber | Grüne |

- | | | |
|--|---|-----|
| | <input type="checkbox"/> Brämer | FDP |
| | <input type="checkbox"/> Müller-Neimann | FDP |
| | <input type="checkbox"/> Wehr | FDP |

- | | | |
|--|----------------------------------|--------|
| | <input type="checkbox"/> Baule | fw/bVb |
| | <input type="checkbox"/> Bohlken | fw/bVb |
| | <input type="checkbox"/> Mainzer | fw/bVb |

- | | | |
|--|--------------------------------|-------|
| | <input type="checkbox"/> Sauer | LINKE |
|--|--------------------------------|-------|

A) Öffentlicher Teil	3
1. Niederschrift vom 18.1.2010	3
2. Haushalt 2010	3
2.1 Erste verwaltungsseitige Fortschreibung und Beantwortung von Fragen Vorlage-Nr. 40/09 h	3 3
2.2 Förderantrag ‚donum vitae‘ hier: Schreiben vom 30.12.09 Vorlage-Nr. 40/09 i	3 3 3
2.3 Beratung des Entwurfs und Abstimmung der Anträge Bezug: Rat 14.12.09, HA 18.1.10 Vorlage-Nr. 40/09	4 4 4
2.4 Änderung der Geschäftskreise der Beigeordneten Vorlage-Nr. 214/85 r	5 5
2.5 Stellenplan 2010 Vorlage-Nr. 40/09 j	7 7
3. 12. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Brühl Vorlage-Nr. 239/87 ax	7 7
4. Ausschreibung der Stelle einer/eines Beigeordneten Vorlage-Nr. 210/85 v	7 7
5. Einrichtung eines Service-Centers Vorlage-Nr. 164/87 al	8 8
6. Dringlichkeitsentscheidung hier: Mittelbereitstellung für „Regionale 2010/RegioGrün“ Vorlage-Nr. 19/03 I	9 9 9
7. Anfragen	9
7.1 Leichenhalle Friedhof Schwadorf	9
B) Nichtöffentlicher Teil	11
9. Haushalt 2010	11
9.1 Erläuterungen zum Stellenplan 2010 Vorlage-Nr. 40/09 k	11 11
9.2 Rathauskantine Vorlage-Nr. 35/89 c	11 11

Bürgermeister Kreuzberg eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

A) Öffentlicher Teil

Zur Tagesordnung:

Fraktionsvorsitzender Schmitz (fw/bVb) bittet, die grundsätzliche Diskussion über die Einrichtung einer zusätzlichen Beigeordnetenstelle vorzuziehen. Die Entscheidung müsse vor der Beratung der Tagesordnungspunkte 2.4 und 3 erfolgen.

Bürgermeister Kreuzberg erwidert, dass die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte wohl überlegt und korrekt sei. Er bitte daher, diese beizubehalten.

Gegen die Reihenfolge der vorliegenden Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

1. Niederschrift vom 18.1.2010

Gegen die Niederschrift vom 18.1.2010 werden keine Einwände erhoben.

2. Haushalt 2010

2.1 Erste verwaltungsseitige Fortschreibung und Beantwortung von Fragen Vorlage-Nr. 40/09 h

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

Ratsfrau Küster (CDU) nimmt Bezug auf den Hinweis in der Erläuterungsspalte zur Kostenstelle 31 03 01 10, dass Brühl wieder in die Aufnahmeverpflichtung für asylbegehrende Ausländer rutsche. Sie fragt, wovon dies abhängig sei.

Stadtkämmerer Freytag erläutert, dass es sich hier um ein reines Verteilungssystem handle, das von verschiedenen Kriterien abhängig sei. Ob Brühl betroffen sei oder nicht sei nicht vorhersehbar.

2.2 Förderantrag ‚donum vitae‘ hier: Schreiben vom 30.12.09 Vorlage-Nr. 40/09 i

Bürgermeister Kreuzberg weist eingangs darauf hin, dass er aus den bereits mehrfach dargelegten, bekannten Gründen leider nicht vorschlagen könne, dem Antrag zu folgen.

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) stellt fest, dass in dem Antrag kein Betrag genannt werde, die eigentliche Tätigkeit nicht beschrieben und auch die Finanzierung nicht dargelegt werde.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) erklärt, dass seine Fraktion den Antrag aus Gründen der Gleichbehandlung aller Einrichtungen ablehne.

Der Hauptausschuss lehnt den Förderantrag 2010 von ‚donum vitae‘ ab.

- einstimmig -

2.3 Beratung des Entwurfs und Abstimmung der Anträge

Bezug: Rat 14.12.09, HA 18.1.10

Vorlage-Nr. 40/09

Der Hauptausschuss stimmt im Folgenden über die Anträge ab, die in der letzten Hauptausschusssitzung am 18.1.2010 zum Haushalt gestellt wurden. Die Abstimmungsergebnisse sind der als Anlage beigefügten Aufstellung zu entnehmen.

Im Zusammenhang mit der Beratung des Antrages der **Fraktion DIE GRÜNEN** zur Produktgruppe 57 04, bei der „Gewinnbeteiligung Stadtwerke“ 50.000 € Wenigereinnahmen zu veranschlagen um mit diesen Geldern eine Stadtbuslinie nach Schwadorf zu finanzieren, macht **Fraktionsvorsitzender Schmitz** (fw/bVb) deutlich, dass seine Fraktion den Antrag ebenfalls unterstütze; allerdings könne ein konkreter Betrag nicht genannt werden, da nicht absehbar sei, wie sich die Investition auf die Gewinnbeteiligung auswirke.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) bestätigt, dass die Auswirkungen nicht bekannt seien; dennoch sei es ihm wichtig, eine konkrete Summe im Sinne eines Höchstbetrages zu nennen.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) erinnert an eine Kostenuntersuchung aus dem Jahre 2005. Damals seien die Ausgaben für eine Verlängerung der Linie 707 mit 42.000 € beziffert und der finanzielle Aufwand für eine neue Linie mit 80.000 € bis 100.000 € ohne Betriebskosten angegeben worden.

Stadtkämmerer Freytag weist darauf hin, dass es lediglich um die Auswirkungen auf die Gewinnbeteiligung Stadtwerke gehe und insofern hier nicht über den eigentlichen Antrag sondern lediglich über einen Prüfauftrag entschieden werden müsse.

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) erinnert an die ausführliche Diskussion im Verkehrsausschuss in Verbindung mit dem Antrag „Schulbusverkehr Geildorfer Feld“. Seine Fraktion unterstütze den Antrag; allerdings gehe es insgesamt um die Anbindung von Neubaugebieten und von noch geplanten Baugebieten. Dies sei nur mit einer Veränderung des Busliniensystems möglich.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) gibt zu bedenken, dass nicht alles Wünschenswerte auch finanzierbar sei. Von daher müsse die Angelegenheit richtigerweise im Hauptausschuss beraten werden. Er weist darauf hin, dass Schwadorf sowohl eine Anbindung an die Linie 18 als auch an das AST-System habe. Mehr sei im Hinblick auf die derzeitige finanzielle Situation nicht realisierbar. Aus diesem Grunde habe es wohl auch keine weitere Vertiefung der Angelegenheit im Verkehrsausschuss gegeben.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) hält dem entgegen, dass auch andere Brühler Ortsteile eine Anbindung an die Linie 18 und einen zusätzlichen Buslinienverkehr hätten. Man müsse endlich die Entscheidung für die Stadtbuslinie nach Schwadorf treffen, zumal auch Standortentscheidungen abhängig gemacht würden von einer guten ÖPNV-Anbindung.

Zum Antrag der **SPD-Fraktion** zu der Produktgruppe 54 04, die Investitionssumme für den zweigleisigen Ausbau der Linie 18 im Haushalt zu belassen macht **Bürgermeister Kreuzberg** nochmals deutlich, dass nicht beabsichtigt sei, sich von dem gesamten Projekt zu verabschieden; die Maßnahme werde lediglich verschoben. Selbstverständlich sei der zweigleisige Ausbau weiterhin erwünscht und werde weiter verfolgt. Wegen der derzeitigen Belastung für den Haushalt habe man die Summe allerdings aus der durch ein mögliches Haushaltssicherungskonzept gefährdeten Zeit bis 2013 herausgenommen.

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) bestätigt, dass der Bürgermeister in seiner Haushaltsrede lediglich von einer Verschiebung gesprochen habe. Dennoch seien auch andere Stimmen laut geworden, die von einer Verabschiedung gesprochen hätten. Da die Maßnahme nicht mehr im Investitionsplan erscheine, habe man den vorliegenden Antrag gestellt. Im Hinblick auf die nun deutliche Aussage des Bürgermeisters zu der Angelegenheit, die er bitte, im Protokoll festzuhalten, ziehe er den Antrag seiner Fraktion zurück.

Im Zusammenhang mit der Beratung des Antrages der **Fraktion DIE GRÜNEN**, den Umbau des Steinwegs zu streichen (Produktgruppe 54 01), weist **Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) darauf hin, dass man die Bürgerinnen und Bürger unbedingt an der Maßnahme beteiligen müsse.

Bürgermeister Kreuzberg erwidert, dass dies selbstverständlich beabsichtigt sei.

Im Anschluss an die Abstimmung der Anträge weist **Fraktionsvorsitzender Riedel** (LINKE) darauf hin, dass seine Fraktion für die Ratssitzung noch einen Antrag vorlegen werde, im Jugendamt im Bereich der Hilfe zur Erziehung eine Teilzeitstelle einzurichten sowie Geld für eine Stundenerhöhung einzelner Mitarbeiter bereitzustellen. Die Finanzierung solle durch die Anhebung der Gewerbesteuer von 430 auf 450 v.H. ermöglicht werden.

Bürgermeister Kreuzberg gibt zu bedenken, dass eine Erhöhung der Gewerbesteuer kontraproduktiv wäre und Arbeitsplätze gefährde.

Stadtkämmerer Freytag bestätigt, dass es im Jugendamt eine Unterbesetzung gebe, die allerdings im üblichen Rahmen liege. Im Jugendhilfeausschuss sei darüber ausführlich diskutiert und dargestellt worden, dass die notwendigen Stellen eingerichtet und die Personalkosten entsprechend angehoben würden. Der Antrag erübrige sich damit.

Fraktionsvorsitzender Riedel (LINKE) hält dem entgegen, dass gemäß Erläuterungen in der Vorlage eine Stundenerhöhung notwendig sei.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) bittet, die Abstimmung über den Antrag zu vertagen um diesen zunächst fraktionsintern beraten zu können.

Der Hauptausschuss verweist den Antrag an den Rat.

- einstimmig –

2.4 Änderung der Geschäftskreise der Beigeordneten Vorlage-Nr. 214/85 r

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) stellt fest, dass der Bürgermeister nun weniger in der Verantwortung sei. Auch könne seine Fraktion nicht nachvollziehen, dass bisher ein Verzicht auf ein technisches Dezernat vertreten worden sei und nun technische Aufgaben wieder dem neuen Dezernenten zugeordnet würden. Ebenfalls könne er nicht erkennen, wie man die viel zitierte Servicefreundlichkeit erhöhen wolle. Diese könne man eher erreichen, wenn man die Kompetenzen weiter nach unten ziehe anstatt sie in die obere Verantwortungshierarchie zu verlagern.

Auffallend sei auch, dass die vormals als überaus wichtig erachtete Controller-Stelle im neuen Organisationsmodell wohl keinen großen Stellenwert mehr habe.

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Berg (SPD) gibt zu bedenken, dass man sich die in der Vorlage dargestellten Planungen in der heutigen Zeit eigentlich nicht leisten könne. Auffallend sei, dass der Bürgermeister sich stark zurückziehe. In der Vergangenheit habe man stets betont, dass zwei Beigeordnete ausreichten. Warum nun wieder eine dritte Beigeordnetenstelle für notwendig erachtet werde, sei nicht nachzuvollziehen; die angeblichen Synergieeffekte seien nicht ersichtlich. Würde der Bürgermeister seine Aufgaben wie bisher wahrnehmen und würde man den Stadtkämmerer, der sicherlich noch Potential habe, mehr mit einbeziehen, sei eine zusätzliche Beigeordnetenstelle nicht notwendig.

Fraktionsvorsitzender Schmitz (fw/bVb) schließt sich den Ausführungen des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Berg (SPD) an. Damals habe man nach dem Ausscheiden des technischen Beigeordneten Mues zähneknirschend auf eine Wiederbesetzung verzichtet. Nun würden diese Gründe anscheinend nicht mehr gelten und das vor dem derzeitigen finanziellen Hintergrund. S. E. müsse die Haushaltsdisziplin höher angesiedelt werden als der Wunsch nach einer dritten Beigeordnetenstelle.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) gibt zu, dass er zunächst ebenfalls skeptisch den Plänen gegenüber gewesen sei. Ohne eine komplette Umorganisation könnten Stellen jedoch nicht eingespart werden. Ein Optimum an Einsparungen sei erreichbar durch die interne Besetzung der neuen Beigeordnetenstelle. Er stehe dazu, dass er den favorisierten Kandidaten bereits klar benannt habe.

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) spricht sich für die Änderung der Geschäftskreise der Beigeordneten aus. Die hierdurch erreichbare finanzielle Ersparnis sei eine Tatsache, die man einfach zur Kenntnis nehmen müsse.

Problematisch sei für ihn einzig und alleine die Trennung von 32/1 „Ordnung“ und 04 „Kommunale Sicherheit, Feuerwehr und Brandschutzdienststelle“ und die Verlagerung in zwei unterschiedliche Dezernate. Falls man dies beibehalte, müsse man zumindest die Bezeichnungen verändern, da s. E. zur kommunalen Sicherheit auch die Ordnung gehöre.

Bürgermeister Kreuzberg weist zunächst darauf hin, dass er aufgrund der Umorganisation auf ein hervorragend arbeitendes Bürgermeisterbüro verzichten müsse. Dies tue er deshalb, weil hierdurch erhebliche Einsparungen erzielt werden können. Grundsätzlich werde durch die vorgeschlagene Neuverteilung eine Zwischenebene eingespart; die Dezernenten müssten sich mehr in die eigentliche Sachbearbeitung einbringen, da die Zahl der „Hauptlinge“ reduziert werde.

Bezüglich der Zuordnung technischer Aufgaben zu dem neuen Dezernat weist er darauf hin, dass man bisher mit dem Verzicht auf ein rein technisches Dezernat wesentlich besser gefahren sei. Bei den Bürgerinnen und Bürger gebe es eine höhere Zufriedenheit, da Praktiker mit den Menschen besser umgehen könnten als Theoretiker. Man habe feststellen müssen, dass Hochqualifizierte manchmal eher hinderlich seien. Im Übrigen seien Fachleute da, die ihre Arbeit sehr gut verrichteten. Er sei überzeugt davon, dass ein Beamter der allgemeinen Verwaltung beide Bereiche gut vereinbaren könne.

Zu der Einrichtung einer Controlling-Stelle erinnert er daran, dass es sich hier um einen Wunsch des Rates und nicht des Bürgermeisters gehandelt habe. Im Übrigen sei der Aufgabenbereich „Controlling“ bei 1/3 angesiedelt; die zusätzliche Einrichtung einer hoch bezahlten Stelle halte er nicht für nötig.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

In Abänderung seines Beschlusses vom 11.12.2006 beschließt der Rat, die Geschäftskreise der Beigeordneten gem. Anlage zur Vorlage Nr. 214/85 r neu zu verteilen (§ 73 Abs. 1 GO NRW).

Abstimmungsergebnis: 10 : 5 bei 1 Enthaltung

2.5 Stellenplan 2010 Vorlage-Nr. 40/09 j

Püschel (Fachbereich 10) weist auf folgende redaktionelle Änderungen hin:

In Anlage 1 S. 2 muss es in der Zeile „Beigeordneter B 2“ bei Sollstellen statt „2“ „1“ heißen und bei ausgesondert statt „2“ ebenfalls „1“. In der Summe ändern sich die Zahlen von 135 auf 134 und von 40 auf 39. In Anlage 1 S. 2 a muss die mit „2“ angegebene Anzahl der Sollstellen in der Zeile „Beigeordneter B 2“ ebenfalls geändert werden in „1“; dadurch ändert sich die Summe von 128, 77 auf 127,77. In Anlage 1 S. 4 muss die Zeile 11 „Innere Verwaltung“ in der Spalte B 2 von „2“ auf „1“ und in der Summe ebenfalls von „2“ auf „1“ geändert werden. In der letzten Spaltenzeile ändert sich in der 1. Zeile die Zahl 50 auf 49 und in der Summenzeile die Zahl 135 auf 134. In Anlage 2 muss in der unten stehenden Tabelle die Zahl in der Spalte 2010 in Höhe von 128,77 Stellen in der Zeile Beamte geändert werden auf 127,77 und in der Summe auf 405,68 statt 406,68.

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) beantragt, die kw-Vermerke bei den Reinigungsfrauen in dem Bereich Eigenreinigung zu streichen.

Der Hauptausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion ab.

Abstimmungsergebnis: 10 : 6

Unter Berücksichtigung der korrigierten Zahlen empfiehlt der Hauptausschuss dem Rat den in der Anlage zur Vorlage Nr. 40/09 j beigefügten Stellenplan 2010 mit Stellenübersicht zu beschließen.

Abstimmungsergebnis: 10 : 5 bei 1 Enthaltung

3. 12. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Brühl Vorlage-Nr. 239/87 ax

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt die in der Anlage beigefügte 12. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Brühl (Brühler Stadtverfassung).

Abstimmungsergebnis: 10 : 5 bei 1 Enthaltung

4. Ausschreibung der Stelle einer/eines Beigeordneten Vorlage-Nr. 210/85 v

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt gem. § 71 Abs. 2 Satz 2 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW) die als Anlage beigefügte Ausschreibung der Stelle einer/eines Beigeordneten. Die

Besoldung erfolgt nach Besoldungsgruppe A 16/B 2 Bundesbesoldungsgesetz zzgl. Einer Aufwandsentschädigung nach den Vorschriften der Eingruppierungsverordnung.

Die Ausschreibung wird wie folgt veröffentlicht:

Kölner Stadtanzeiger (Wochenendgesamtausgabe)
Kölnische Rundschau (Wochenendgesamtausgabe)
Internet

Abstimmungsergebnis: 10 : 5 bei 1 Enthaltung

5. Einrichtung eines Service-Centers **Vorlage-Nr. 164/87 al**

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) befürwortet den Vorschlag; es müsse allerdings geprüft werden, ob sich die Maßnahme rechne. Von daher schlage er vor, Mittel in Höhe von 50.000 € für die Erstellung eines Raum- und Finanzierungskonzeptes in den Haushalt einzustellen.

Bürgermeister Kreuzberg gibt zu bedenken, dass ein Raum- und Finanzierungskonzept intern seitens des Gebäudemanagements erstellt werden könne. Der städtische Haushalt sollte gerade nicht belastet werden.

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dahmen (CDU) begrüßt die Errichtung eines Service-Centers und die dortige Einbeziehung von Verbraucherschutz und Stadtwerken. Dies sei von großem Vorteil für die Bürgerinnen und Bürger und insgesamt ein gutes Projekt zur Förderung der Servicefreundlichkeit der Verwaltung, die seiner Fraktion ein wichtiges Anliegen sei.

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) hält das Projekt für prüfungswürdig. Allerdings sei die Wirtschaftlichkeit zweifelhaft. Man müsse daher unbedingt auch die Folgekosten berücksichtigen und bedenken, dass ein Millionenbau in einer Zeit, in der man sich ansonsten nichts leisten könne, durchaus fraglich sei.

Auch die Unterbringung eines Restaurants müsse auf seine Sinnhaftigkeit kritisch geprüft werden. Zwar sei der mit dem Personalrat gefundene Kompromiss zu begrüßen; fraglich sei allerdings, ob das Restaurant auf Dauer den Ansprüchen entspreche.

Anstelle des englischen Begriff „Service-Center“ müsse s. E. eine andere Bezeichnung gefunden werden.

Fraktionsvorsitzender Schmitz (fw/bVb) macht deutlich, dass seine Fraktion zwar dem Auftrag zur Erstellung eines Raum- und Finanzierungskonzeptes, allerdings noch nicht dem endgültigen Projekt, zustimmen könne. Er fragt, ob es für den verbleibenden Altbau neue Brandschutzanforderungen gebe.

Bürgermeister Kreuzberg sagt Prüfung zu.

Fraktionsvorsitzender vom Hagen (Grüne) bittet um ergebnisoffene Planung. Auf jeden Fall müsse eine Verbindung zu Janshof und Steinweg hergestellt werden. Die Betriebsstilllegung der jetzigen Kantine müsse seines Erachtens arbeitsrechtlich geprüft werden.

Fraktionsvorsitzender Klug (CDU) weist darauf hin, dass es hier zunächst nur um den Auftrag zur Erstellung eines Raum- und Finanzierungskonzeptes gehe und Detailfragen noch geklärt werden müssten. Ein Neubau sei s. E. sehr sinnvoll, da er ausschließlich Vorteile für die Verwaltung bringe. Die gleichzeitige Unterbringung einer gastronomischen Einrichtung halte er ebenfalls für eine gute Lösung.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis und beauftragt ihn mit der Erstellung eines Raum- und Finanzierungskonzeptes.

Abstimmungsergebnis: 14 : 3

6. Dringlichkeitsentscheidung

hier: Mittelbereitstellung für „Regionale 2010/RegioGrün“

Vorlage-Nr. 19/03 I

Der Hauptausschuss fasst im Vorfeld der Haushaltssatzung 2010 im Wege der Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Gemeindeordnung folgenden Beschluss:

Zur Durchführung des Projektes „RegioGrün / Zu den Villeseen“ werden 8.000 € als 20%iger Eigenmittelanteil bereitgestellt.

- einstimmig –

7. Anfragen

7.1 Leichenhalle Friedhof Schwadorf

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Dahmen (CDU) weist darauf hin, dass in der Leichenhalle eine Fensterscheibe zerschlagen sei und fragt, wann die Reparatur erfolge.

Erster Beigeordneter Brandt teilt mit, dass eine neue Fensterscheibe bereits bestellt und in Kürze eingesetzt werde.